

Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung bei G. H. Altki & Co. Breitestraße 14. in Gnesen bei Ch. Spindler, in Grätz bei L. Streifand, in L. eferich bei Ph. Matthian.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Haube & Co., Franzosen- & Vogler, Rudolph Wasse. In Berlin, Dresden, Götting beim „Zwillingdank“.

Nr. 638.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 11. September.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 10. September. Der König hat geruht; den Regierungsrath Dr. Philipp Esfer und den Direktor der Nationalgalerie Dr. Max Jordan zu Geheimen Regierungs- und vortragenden Räthen im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten zu ernennen. Der seitberige kommissarische Kreiswundarzt des Kreises Loeken, praktischer Arzt Dr. med. Carl Pabst zu Widminnen ist zum Kreis-Physikus des Kreises Mogilno ernannt worden. Der Rechtsanwalt und Notar Froelke in Johannisburg ist unter Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht in Gavelberg und dem Landgericht in Neu-Muppin zum Notar im Bezirk des Kammergerichts zu Berlin, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Gavelberg, ernannt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 11. September.

In den verschiedenen Ministerien ist man jetzt hauptsächlich mit den auf den Staatshaushaltsetat bezüglichen Berathungen beschäftigt, die immer noch nicht ganz abgeschlossen sind. Erst in etwa 14 Tagen werden alle Mitglieder des Staatsministeriums in Berlin anwesend sein und die Berathungen beginnen können, welche sich auf Landtagsarbeiten beziehen. Erst zu dieser Zeit wird man im Stande sein, einen Termin für die Landtagsberufung festzusetzen. Es ist hierfür nach wie vor die Absicht vorhanden, die Landtagsarbeiten so früh wie möglich zu beginnen, um sie nach etwa dreimonatlicher Dauer so zum Abschluß zu bringen, daß man nicht abermals zu einer Nachsession seine Zuflucht nehmen muß, welche so große Unzuverlässigkeiten im Gefolge hat. Im Kultusministerium werden, wie mit Bestimmtheit gemeldet wird, für den Landtag lediglich Entwürfe vorbereitet, welche sich auf die Verbesserung der Lage von Lehrermitteln beziehen. Es wird somit neben dem Etat die Reihe der Vorlagen, welche der Minister des Innern einbringt, den Schwerpunkt der Session bilden, zumal da aus dem Ressort des Justizministers gar keine Vorlagen zu erwarten sind und über das Material aus dem Finanz- und Landwirtschaftsressort erst nach der Rückkehr der Chefs dieser Verwaltungen Bestimmungen zu erwarten sind.

In der nächsten Reichstagsession wird, wie die „B. Ztg.“ hört, ein Antrag vorbereitet auf Abänderung des Verfahrens, welches die Post bei unbestellbaren Briefen anwendet. Es werden jetzt nämlich alle Briefe, deren Adressaten nicht aufgefunden werden können, Seitens der bei einer jeden Oberpostdirektion eingerichteten Retourbrieföffnungscommission geöffnet, um aus dem Inhalte den Absender zu erfahren und sie demselben dann zurückzusenden; es läßt sich dabei kaum vermeiden, daß auch unwillkürlich der Inhalt der Briefe gelesen wird. Es wird nun der Vorschlag gemacht, einfach diese unbestellbaren Briefe am Absendungsorte eine gewisse Zeit öffentlich auszustellen, und falls sie Niemand reklamirt, zu verbrennen. Bei der Reklamirung würde sich selbstverständlich der Betreffende als Schreiber des Briefes auszuweisen haben.

Betreffs der Beschränkung der allgemeinen Wechselfähigkeit hört die „Tribüne“ mit Bestimmtheit, daß die betreffenden Pläne aufgegeben sind, nachdem die angesehensten Handelsstammern sich einstimmig dagegen ausgesprochen haben.

Die Erregung, welche durch die hannoversche Gesanabuchfrage über die Grenzen jener Provinz hinaus veranlaßt worden ist, hat nach verschiedenen Blättern in kirchlichen Kreisen aufs Neue den wiederholt geäußerten Wunsch nahegelegt, ob es sich nicht empfehlen möchte und nicht durchführbar wäre, ein allgemeines Gesanbuch für die protestantischen Bekenntnisse des ganzen Reichs herzustellen, event. wenn dieses Ziel einstweilen zu fern liegen sollte, wenigstens für Preußen einen Ausgleich der großen Verschiedenheiten vorzunehmen. An der Zuständigkeit der evangelischen Generalsynode zur Ausführung einer solchen Reform ist nicht zu zweifeln; doch umfaßt die Generalsynode nur die östlichen Provinzen der Monarchie, und es würde wohl eines höheren Einflusses bedürfen, um die autonomen Kirchenorgane auch der übrigen Landestheile dazu zu bewegen, daß sie einem derartigen Plane praktisch näher treten. Sehr fraglich muß es aber immer bleiben, ob gerade die jetzige Zusammenfassung der Generalsynode und die Aera Puttkamer besonders geeignet seien, die Gesanbuchangelegenheit einheitlich zu regeln.

Der „Weser-Zeitung“ wird über einen Vorfall berichtet, der darum interessant ist, weil er ein helles Schlaglicht auf die in neuerer Zeit so vielfach angepriesene Unterstützung des Privatunternehmensgeistes durch den Staat wirft. Gegen Ende vorigen Jahres hatte die „Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actiengesellschaft“ auf Anbringen des Reichspostamts sich bereit erklärt, im Anschlusse an die westindische

Linie den ersten jeden Monats von St. Thomas nach Mexiko (Veracruz, Tampico etc.) und zurück ein Dampfschiff mit einer direkten deutsch-mexikanischen Post zu expediren, wofür die Reichspost eine Subvention von 15,000 Mark per Reise, also 180,000 M. das Jahr bewilligt. Jetzt hat nun die Packetfahrtgesellschaft diesen Kontrakt ihrerseits gekündigt, nicht um die betreffende Dampfschiffsverbindung mit der mexikanischen Küste aufzugeben, — dieselbe soll vielmehr in Verbindung mit einer bevorstehenden wesentlichen Vermehrung der westindischen Fahrten überhaupt noch erweitert werden — sondern lediglich, weil die mit Annahme einer Staatsubvention verbundenen Geden und sonstigen Uebelstände es räthlicher erscheinen lassen, auf die 180,000 Mark pro Jahr zu verzichten, um die völlige Bewegungsfreiheit wieder zu erlangen. Der deutsche Handel wird die direkte Dampfschiffsverbindung mit der mexikanischen Küste nicht verlieren, das Reich kann sein Geld behalten, und der Privatunternehmungsgeist gewinnt seine völlige Freiheit zurück, so daß Alle Ursache haben, mit dieser Wendung zufrieden zu sein. Die Erfahrung dürfte lehrreich sein und sollte namentlich bei den in Berlin eingefädelten Verhandlungen wegen Errichtung einer vom Reiche mit 2 bis 3 Millionen Mark jährlich zu subventionirenden Dampfschiffslinie nach Australien via Kap der guten Hoffnung nicht unverwerthet bleiben.

Fast gewinnt es den Anschein, als sollte aus der von uns schon mehrfach besprochenen galizischen Kaiserreise eine offiziöse österreichisch-russische Presse sich entwickeln. Das Wiener „Fremdenblatt“ fertigt heute die russischen Offiziosen in sehr beachtenswerther Weise ab, und nennt eine Auslassung des „Bereg“, welche sich auf die Ruthenen, auf die „drei Millionen russischer Unterthanen“ des Kaisers Franz Josef bezog, eine „an Unverschämtheit grenzende Taktlosigkeit“ des russischen Organs. Auch der „Solo“ bekommt im „Fremdenblatt“ seinen Theil ab, und der ganze Artikel des Wiener inspirirten Organs liest sich wie eine zweifelhafte Parallele zwischen den Zuständen in Galizien und in Rußland. Das Blatt deutet an, daß man sich in Wien über den Aerger, welcher in Rußland wegen des glänzenden Erfolgs der galizischen Kaiserreise herrscht, gar nicht kränkt. Für uns aber bleibt die Reminiscenz beachtenswerth, daß die Reise Kaiser Franz Josefs nach Dalmation vor fünf Jahren die orientalische Verwicklung einleitete. Sollte die Kaiserreise nach Galizien den Anfang einer russischen Verwicklung bedeuten?

Die in nahen Beziehungen zum Vatikan stehende „Aurora“ widmet der „Erklärung“ der französischen Kongregationen eine eingehende Betrachtung, aus welcher hervorgeht, daß diese Erklärung in der That die Willigung des Papstes gefunden hat. Das Blatt schreibt: „Wir wollen nicht den wahren Ursprung dieses Dokumentes zu ergründen suchen. Indem wir uns mit dem Bewußtsein begnügen, daß die religiösen Orden in Frankreich sich keinen Schritt erlauben würden, ohne daß die höchste geistliche Autorität ihnen zu verstehen gegeben hätte, daß ihr dieser Schritt nicht mißfiel, beschäftigten wir uns lediglich mit der Würdigung der Journale verschiedener Parteifarbung.“ — Die „Erklärung“ selbst wird dann aber als ein „würdiger Akt“ bezeichnet, welcher bekunde, daß die Mitglieder der geistlichen Genossenschaften sich allen Gesetzen unterwerfen, welche nicht im Widerspruch mit den göttlichen Gesetzen stehen. Der Artikel schließt wie folgt: „Die Kongregationen haben mit ihrer Erklärung die unwürdigen Anschuldigungen von sich abgeschüttelt und die Regierung in offenes Unrecht versetzt. Sie hätten also mitgewirkt, Frankreich zu zwingen, daß der gegen die katholischen Institutionen geführte Krieg nicht durch den berechtigten Wunsch der eigenen Erhaltung veranlaßt ist, sondern von der verbrecherischen Absicht, die Religion verschwinden zu lassen, welche das Eigenthum der ungeheuren Mehrzahl der Franzosen ist. Wer ein wenig die edlen Anlagen Frankreichs kennt, wird ohne Mühe bekennen, daß die Thatsache der Erklärung aus diesem Grunde allein des Beifalls würdig wäre und werthvolle Resultate zeitigen mußte.“

Der französische Minister des Innern und der Kulte hat ein Zirkular an die Präfecten erlassen, in welchem er sie auffordert, ihm alle Bischöfe anzugeben, welche ihre Diözese ohne Erlaubnis der Regierung — nach dem Konkordat dürfen sie dies nicht — verlassen. Der Minister ergreift diese Maßregel im Hinblick auf die allgemeine Bischofsversammlung, welche in Angers stattfinden soll.

Der Präsident der Fraction der republikanischen Linken, Devès, ist nach Paris zurückgekehrt und hat mit Constans (Union republicaine) und mit den Führern der übrigen die Majorität der Deputirtenkammer bildenden Gruppen wiederholte Besprechungen gehabt. Seine Rückkehr ist durch einen Brief des Vizepräsidenten der republikanischen Linken, Guichard, veranlaßt, welcher die sofortige Einberufung einer Versammlung der republikanischen Linken verlangte, damit sich dieselbe gegen das von dem Ministerium in Bezug auf die Kongregationen beobachtete System des Temporisirens ausspreche.

In dem Briefe ist zugleich gesagt, daß die Linke, wenn sie dieses System nicht mißbilligt, verantwortlich sein werde für die Hindürungen und Fristgestaltungen des Ministeriums.

In wie hohem Grade sich die englische Postverwaltung die fortgesetzte Ausbildung des Sparkassenwesens angelegen sein läßt, ergibt sich aus der neuesten Mittheilung des englischen Generalpostmeisters, wonach unter seiner Leitung der Versuch gemacht werden soll, dem Volk durch Penny-Postmarken das Sammeln von Summen von einem Schilling — der niedrigste Betrag, der in den Postamtsparkbanken angenommen wird — zu erleichtern. Der vom Postamt ausgegebenen Form ist nachstehende Notiz angefügt: „Jemand, der pennyweis einen Schilling zu sammeln wünscht, um denselben bei der Postamtsparkbank anzulegen, kann dies thun, indem er mit jedem ersparten Penny eine Postmarke kauft, und sie auf diese Form klebt. Wenn 12 solcher Postmarken auf der Form angebracht sind, wird Letztere an sämtlichen Postamtsparkbanken des Vereinigten Königreichs vom Postmeister entweder behufs Eröffnung eines frischen Kontos oder als spätere Einzahlung auf dasselbe entgegengenommen. Die auf die Form geklebten Postmarken dürfen nicht verdorben oder beschädigt sein, da sie sonst vom Postmeister zurückgewiesen werden.“

Die Beziehungen zwischen England und Persien, welche unter dem Ministerium Beaconsfield durchaus freundliche waren, haben sich unter Gladstone erheblich verändert und dürfen jetzt als „höchst gespannt“ bezeichnet werden. Ueber die Ursachen dieser Wendung erfährt die „N. fr. Pr.“ Folgendes:

Bekanntlich strebt Persien den Besitz des Khanats Herat an, um sich gegen die Turkmene zu bedecken. Hauptsächlich handelt es sich dabei um die persische Provinz Khorassan, in welche die Turkmene von Zeit zu Zeit einfallen. Persien ist im Stande, die Turkmene abzuwehren, da zwischen ihm und dem Gebiete von Merw, dem Hauptbollwerk der Turkmene, eine mehrere Tagereisen breite Wüste liegt, die man unmöglich mit einem größeren Heere zu passieren vermag. Dagegen führt von Herat eine gute Straße nach Merw. Daher das fortwährende Streben Persiens, um in den Besitz Herats zu gelangen. Seit vierzig Jahren widersteht sich England diesem Streben Persiens, weil es fürchtet, der Schah werde für den Fall die Kasanien aus dem Feuer holen und das eroberte Merw, welches die Kasanien einräumt, die so eine offene Straße nach Kabul und Delhi in ihre Gewalt bekämen. Im vergangenen Winter änderten sich jedoch plötzlich die Ansichten der englischen Staatsmänner in Bezug auf Persien und dessen Ansprüche auf Herat, und sie knüpften sogar Unterhandlungen mit dem Schah an, in deren Verlauf sie ihm das Anerbieten machten, gegen Leistung gewisser Garantien Herat zu okkupiren. Lord Beaconsfield hoffte so Ahmed Jusub Khan am sichersten unschädlich zu machen. Die Unterhandlungen wurden insofern durch den Sturz des Lord-Kabinetts unterbrochen und die Whigs weigerten sich, dieselben wieder aufzunehmen, indem sie vorschlugen, daß man in die Zusagen und Verbindungen Persiens kein Vertrauen setzen dürfe. Als jedoch Ahmed Jusub Khan mit seiner Armee Herat verließ, um gegen Kandahar zu marschiren, bezieht sich die Regierung des Schah, das englische Kabinet von diesem Vorfall zu avisiren, und erbot sich zugleich, mit einer Armee in Herat einzurücken und Ahmed Jusub zu zwingen, von einem Angriffe auf Kandahar abzusehen. Als Preis für diesen Dienst forderte man in Teheran einen Teil des Khanates von Herat mit der gleichnamigen Stadt. Die englischen Minister wiesen jedoch dieses Anerbieten zurück, und daher die gereizte Stimmung, welche jetzt in Teheran gegen England herrscht und die schon zu einer Annäherung an Rußland geführt hat.

Kaum ist die Nachricht von dem bevorstehenden Ende des südamerikanischen Krieges nach Europa gelangt, da bringt der Telegraph Mittheilungen von drohenden Verwickelungen in Centralamerika, die ihren Grund in dem beabsichtigten Bau des Kanals von Panama haben. Die Regierung von Costa Rica hat gegen die Giltigkeit des am 25. Mai zu Managua abgeschlossenen Kontrakts für den Bau dieses interozeanischen Kanals Protest erhoben, nicht weil die materiellen Interessen des Landes bei einem solchen Kanal Schaden leiden würden, sondern weil die Unterzeichnung des Kontrakts ohne die vorherige Genehmigung Costa Ricas „eine Verletzung der Ehre und Würde der Nation ist“. Costa Rica beansprucht das Recht der freien Benützung des Flusses und Hafens von San Juan gemeinsam mit Nicaragua und hebt hervor, daß in dem letzten Vertrage zwischen beiden Ländern bestimmt wurde, daß Nicaragua keine Konzessionen für den Bau eines Kanals ohne vorherige Berathung mit Costa Rica bewilligen solle. Die Regierung von Nicaragua weist in ihrer Antwort auf diesen Protest die Ansprüche Costa Ricas zurück. Letzteres ist kriegerisch gesinnt und dürfte, wenn es bei seiner Einmischung in nicaraguanische Angelegenheiten verharrt, in schlimme Unannehmlichkeiten verwickelt werden. Dem Vernehmen nach hat die Regierung von Columbia ein Ultimatum an Costa Rica abgeschickt, in welchem Letzteres aufgefordert wird, seine Beamten aus dem streitigen Grenzgebiete zurückzuführen. Auf dem Isthmus befinden sich jetzt 1000 Mann, welche dieser Forderung Nachdruck verleihen sollen.

Die Angriffe wider den Feldmarschall v. Mantouffel.

Für die Angriffe wider den Statthalter von Elsaß-Lothringen hat sich namentlich die „Köln. Ztg.“ als Sprachrohr benützet

lassen. Ihr entgegen nun die „Elsäß-Lothringische Zeitung“ in einem, wie bereits in der Morgennummer hervorgehoben, vielfach interessanten Artikel. Derselbe lautet in der Hauptsache wie folgt:

Die „Kölnische Zeitung“ tritt in ihrer Nummer 247 statt der Rechtfertigung ihrer maßlosen Angriffe einen schwächlichen Rückzug an. Wie zu erwarten stand, bringt sie die ihr als Ehrenpflicht obliegenden Beweise nicht bei, sondern erklärt, daß das Sinken ihrer anfänglich auf den Statthalter gestellten Hoffnungen „auf Mittheilungen beruhe, die ihr von vielen, den verschiedensten Klassen angehörigen und in den verschiedensten Theilen des Landes wohnenden Deutschen, Beamten (1) und Geschäftsleuten, zugegangen waren und alle in dem einen Punkte sich begegneten, daß Herr v. Manteuffel's Verwaltung dem deutschen Reiche keinen einzigen Freund gewonnen, viele Deutsche dagegen muthlos gemacht habe, für die nationale Wiedereroberung Elsäß-Lothringens weiter zu arbeiten.“

Wir wollen zunächst Verwahrung dagegen einlegen, daß die „Kölnische Zeitung“ sich für ihre unqualifizirbaren und jeder Basis entbehrenden Angriffe auf die Mittheilungen von kaiserlichen Beamten beruft. Wir können nicht annehmen, daß es Beamte in Elsäß-Lothringen giebt, welche eine derartige Handlungsweise als mit ihren Dienstpflichten und ihrem Diensteide in Einklang stehend betrachten würden. Die Quellen, aus welchen die „Kölnische Zeitung“ geschöpft hat, sind nach dem eigenen Eingeständnis dieses Blattes solche, welche das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben, und wir bedauern, daß die „Köln. Ztg.“ es auf derartige Argumente hin übernimmt, die ihr zu Gebote stehende Publizität und Verbreitung in solcher Weise zu mißbrauchen.

Ihre obige Erwiderung stellt sich gleichfalls nur als eine leere und inhaltslose Redensart dar, als eine neue maßlose Behauptung, für welche jeder Beweis fehlt. Der kaiserliche Statthalter von Elsäß-Lothringen ist in erster Linie für das wiedergewonnene Land und die demselben einheimische Bevölkerung bestellt und ist dabei von der Ansicht ausgegangen, daß er des Landes und nicht das Land seinetwegen da sei. Diese Auffassung seines Amtes muß auch für jeden Beamten im Lande die einzig maßgebende sein. Sie entspricht den traditionellen Grundfäden, welche die Könige von Preußen jederzeit als für die Verwaltung maßgebend erachtet haben, und von deren persönlicher Befolgung Kaiser Wilhelm fortgesetzt ein leuchtendes Beispiel giebt. Der Statthalter, welcher das Land ohne jede Voreingekommenheit betreten, hat gleich vom Tage seiner Ankunft an diese seine Stellung in bestimmtester Weise genommen; wir glauben, daß diese Stellung heute noch die nämliche ist und es auch bleiben wird.

In Erfüllung der ihm vom Kaiser übertragenen Aufgabe hat der Statthalter es zunächst für seine Pflicht erachtet, in lebensvolle Berührung mit der Bevölkerung zu treten und dieser Kaiser und Reich persönlich nahe zu bringen. Dieses Auftreten ist dem vollen und empfänglichen Verständnis, sowie dem unzweideutigen Entgegenkommen der Bevölkerung begegnet, welche solche Tätigkeit des obersten Beamten des Landes wohlthuend und anerkennend empfand. Der Statthalter „leibt allerdings sein Ohr Jedem“ — die einzig richtige Behauptung in den Artikeln der „Köln. Ztg.“ — Aber der Statthalter leibt sein Ohr nur Wünschen und Bitten, in Bezug auf welche er für Jedermann im Lande zugänglich sein will und bleiben wird, nicht für Einflüsse oder Versuche, seine Entschlüsse zu bestimmen. Wenn die „Köln. Ztg.“ bei ihren Angriffen weniger Voreingekommenheit an den Tag legte, so würde sie wissen, daß es vielleicht in Deutschland nur wenige Männer in hoher amtlicher Stellung giebt, welche selbstständiger im Denken und Handeln und weniger fremden Einflüssen und Einflüsterungen zugänglich sind, wie der Feldmarschall v. Manteuffel.

Auf dieser rühmlichen Eigenschaft beruhen zum nicht geringen Theil seine großen Verdienste, beruht das Vertrauen seines Kaisers und Königs, welche derselbe so oft und wahrlich nicht am wenigsten durch Uebertragung der ihm „dem Statthalterposten verbundenen Rechte“ bethätigt hat, und die „Köln. Ztg.“ könnte durch den Gang unserer Geschichte belehrt sein, daß Kaiser Wilhelm den rechten Mann für den rechten Platz zu finden weiß. Das „liberale“ Blatt aber sollte doch am wenigsten darüber scheel sehen, daß der kaiserliche Statthalter in Elsäß-Lothringen die besten Traditionen der Hohenzollern von Potsdam und Berlin auf Strassburg überträgt. Auch die „Köln. Ztg.“ könnte von der Potsdamer Hittschristen-Linde des Großen Friedrich, von dem historischen Eckfenster Kaiser Wilhelms wissen, und wie beide Monarchen während ihrer ganzen Regierungszeit unablässig bestrebt gewesen sind, im Volke das Bewußtsein wach zu erhalten, daß die oberste Stelle im Staate auch die für Jedermann erreichbare oberste Gütern des Rechts ist.

Daß der Statthalter für Jedermann im Lande zugänglich ist, persönlich eines jeden Bitten, Wünsche und Beschwerden entgegennimmt, letztere prüft und über dieselben Bescheid und Auskunft verlangt, mag für die Beamten zum Theil mit manchen Unbequemlichkeiten verbunden sein. Aber es ist dies die Aufgabe des Statthalters, und ihre sorgfältige Erfüllung wird dereinst in der Geschichte der deutschen Entwicklung dieses Landes zu den hervorragenden Lichtpunkten zählen, wenigstens sein lebendiger Verkehr mit der Bevölkerung in der über-rheinischen Presse jetzt in so bedauerlicher Weise mißdeutet wird.

Wir können nicht umhin, bei diesem Anlaß ein Wort enger Mahnung an die deutschen Zeitungen zu richten. Durch die Unwahrheiten, Entstellungen und den Klatsch, welchen sie ohne jede weitere Prüfung ihre Spalten öffnen — wir erinnern nur an den durchweg auf Erfindung und Entstellung beruhenden Artikel der „Köln. Ztg.“ aus dem Wägen Walde — trägt ein großer Theil der deutschen Presse in hohem Grade zur Erziehung der hiesigen Verhältnisse bei, welche damit fortgesetzt vergiftet werden, und es kann nicht unausgesprochen bleiben, daß, wenn die deutsche Verwaltung hier im Lande mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, die Ursache hiervon nicht immer und allein in der einheimischen Bevölkerung, sondern häufig genug in den Ansprüchen liegt, welche die Eingewanderten erheben zu können glauben. Es ist eine durchaus verfehlte Auffassung für die eingewanderten Deutschen, hier als Sieger aufzutreten und damit das Unrecht wieder auf machen zu wollen, welches Deutschland vor 200 Jahren am Elsäß beging, als es das Land an Frankreich preisgab, ohne das opfervolle Ringen des großen Kurfürsten zu unterstützen, ohne den Hülferuf der elsäßischen Städte zu hören.

Kaiser Wilhelm hat den verunglückten Versuch seines Ahnherrn, das Elsäß bei Deutschland zu erhalten, wieder aufgenommen, aber wahrlich nicht in der Absicht, hier als Sieger zu schalten und zu walten, sondern als oberster Herr im gesammten Reiche das gleiche Recht für Alle schützend, dem endlich wiedergewonnenen Lande nur um so größere Sorgfalt entgegenbringend.

Die „Köln. Ztg.“ hat aber weiter behauptet, der Statthalter leide den Protesten und Ultramontanen auch seinen Arm, und sie versucht den Beweis im Folgenden zu führen:

„Wenn man Protestler und Agitator für die Franzosenpartei sein und doch eine ausnahmsweise Verhaftung für seinen studirenden Sohn oder eine Erleichterung in Kommunal- und Steuerfragen erhalten kann, muß man dann nicht sagen, es herrsche nicht nur gleiches Recht für alle, sondern auch gleiche, ja größere Großmuth für den Feind als für den Bruder? Und der Dank ist in all' diesen Fällen der Spott. Weiß Herr von Manteuffel all' das nicht, so thut dessen Umgebung ihre Pflicht nicht. Die „Elsäß-Lothringische Zeitung“ fordert uns auf, Thatsachen zu nennen, auf die wir unsere Behauptungen stützen. Theilweise sind diese Thatsachen (welche? D. N.) bekannt und in der ganzen Presse (1) besprochen: es ist das ganze System der Werbung des Statthalters um die Zuneigung des — ausnahmslos französisch gesinnten — hohen und niederen Klerus; theilweise aber würde die Ausführung derselben eine Denunziation unserer Gewährsmänner und vielleicht auch einiger

anderer Leute sein, die diesen im höchsten Grade schädlich oder doch empfindlich wäre. Dazu verstehen wir uns selbstverständlich nicht.“

Die Vorgänge, auf welche im Vorstehenden hingewiesen wird, und welche ohne Weiteres als in der „ganzen Presse besprochene“ Thatsachen angenommen werden, sind uns nicht bekannt. Die „Köln. Ztg.“ wird daher wohl oder übel den Beweis, falls damit überhaupt etwas bewiesen wird, etwas deutlicher führen müssen. Jedenfalls kann das Blatt nicht verlangen, daß wir in seinen Ausführungen, von welchen französische Blätter mit Behagen Notiz genommen haben, eine Antwort auf unsere Fragen erblicken.

Die Bevölkerung von Elsäß-Lothringen aber wird nicht wenig erstaunt sein, eines der großen Organe Deutschlands eine solche Sprache führen zu hören, welche denn auch bereits im „Elsässer Journal“ wie im „Eprek“ eine entsprechende Antwort findet. Das „Elsässer Journal“ wiederholt mit Recht: „daß mit einer solchen Sprache noch kein Sieger die Herzen erobert hat, in Rheinpreußen sollte man das wissen.“

Wir wollen diese Auseinandersetzung nicht schließen, ohne noch die Behauptung der „Kölnischen Zeitung“ zu berühren: Alle Beamten sehnen sich fort aus dem Lande. Man braucht diesen Satz nur wörtlich zu nehmen, um seinen Unsinn zu erkennen, einzuweisen stehen nach unserer Kenntniß die Dinge noch so, daß Rücktrittsgesuche von Beamten so gut wie gar nicht, Anstellungsgesuche aus verschiedenen Theilen Deutschlands dagegen in nicht geringer Zahl einlaufen. Aber der seltsamen Behauptung, daß die Beamten dem Landesaus-schuss gegenüber von der einzelnen Regierung schusslos gelassen wurden, daß der Landesaus-schuss die deutschen Beamten aus dem Lande zu drängen suche, namentlich auch durch Verkümmern der Gehälter, sind wir fürzlich auch an anderer Stelle, in der „Augsburger Allg. Ztg.“, begegnet, und deshalb mag denn hier noch darauf eingegangen werden. Daß der Landesaus-schuss die Beamten aus dem Lande zu drängen suche, ist schon aus dem einen Grunde ein Unsinn, weil das Land eigene Beamte in erforderlicher Zahl nicht hat und dieselben daher aus dem alten Deutschland bestehen muß. Wohl aber wäre es im hohen Grade wünschenswerth, daß die deutschen Regierungen den hierher abgeordneten Beamten die Rückkehr in den heimathlichen Dienst, ohne Schädigung an Rang und Einkommen, thunlichst erleichterten. Damit würde in Elsäß-Lothringen nicht allein die Stagnation vermieden, welche, wenn sie einmal den Beamtenkörper ergriffen hat, sich auch leicht auf dessen Wirksamkeit ausbreitet, sondern es würden auch die Beamten, welche sich hier aus dem einen oder anderen Grunde nicht wohl fühlen, nicht unnötig im Lande festgehalten. Das gezwungene Verbleiben ist allerdings geeignet, eine Mißstimmung zu erzeugen, unter welcher das Amt und auch wohl die mit demselben in Berührung tretende Bevölkerung zu leiden haben.

Was endlich die Behauptung von der Verkümmern der Gehälter durch den Landesaus-schuss anbelangt, so mag der Illustration die Thatsache genügen, daß der Landesaus-schuss in seiner letzten Session im Justizreferat fast alle Gehälter, vom Präsidenten des Oberlandesgerichts bis zum Amtsvorsteher, ohne jeden Widerspruch den Anträgen der Regierung entsprechend nicht unerheblich erhöht hat.

Dies zur Klarstellung der „Beamtenfrage“, welche von einigen deutschen Zeitungen höchst unnötiger Weise in Fluß erhalten und nicht selten durch Angriffe auf den Landesaus-schuss gewürt wird, die freilich nicht geeignet sein können, bei den Mitgliedern desselben eine freundliche Stimmung zu erzeugen, zumal ihnen die hoffentlich unrichtige Meinung beikommt, daß diese Angriffe von Beamten selbst ausgehen. Setzt diese Meinung sich, berechtigt oder unberechtigt, einmal fest, so gewinnt sie natürlich auch in weiteren Kreisen an Boden und übt im gesammten öffentlichen und gesellschaftlichen Leben des Landes eine unerfreuliche Wirkung aus.

Wir können aber nicht umhin zu wiederholen, daß es zum Theil die eingewanderten Deutschen im Lande selbst sind, welche mit Hilfe der allzu gefälligen heimathlichen Presse sich ihre Lage und der deutschen Verwaltung ihre Aufgabe erschweren.

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 10. September.

— Bezüglich der Geheimhaltung der Verabredungen, die auf der vertraulichen Versammlung liberaler Gefinnungsgenossen am 8. d. Mts. getroffen wurden, schreibt die „Tribüne“:

Die Frage, ob und wie weit eine politische Parteigenschaft, parlamentarisch oder außerparlamentarisch, im eigenen Interesse genöthigt sei, über Fragen in innerer Organisation und einzuschlagender Taktik Verschwiegenheit nach Außen zu bewahren, ist selbstverständlich ebenso diskutirbar, wie je nach der Verschiedenheit des Standpunkts und der Umstände verschiedener Beantwortung fähig. Die „Nat.-Ztg.“ und das „V. Tagbl.“ erörtern sie aus Anlaß unserer gestrigen Bemerkungen über die Indiskretion gewisser Berichterstattungen aus der streng vertraulichen Versammlung liberaler Gefinnungsgenossen vom 8. d. M. und kommen zu dem Schluß, daß für die neue liberale Partei kein Grund vorliege, sich mit bureaukratischer Verschwiegenheit zu umgeben, daß das beste Mittel, Geheimnisse zu bewahren, sei, keine zu haben, und daß ein gesundes Parteibewusstsein keiner Geheimthuerie bedürfe. Wir wiederholen, daß diese Thesen vollen Anspruch auf theoretische Berechtigung haben können, daß es ihnen nach unserer Meinung aber ebenso geht, wie den unwiderleglichen Beweisen von der Nothwendigkeit einer allmählichen Entwaffnung der Staaten: sie werden nie durch die Diskussion innerhalb eines Theiles, sondern können nur durch die Verständigung aller Theile gelöst werden. Eine Partei, von der ihre eigenen Freunde offene Karten verlangen, während ihre Gegner die ihrigen mit aller Strenge verdeckt zu halten wissen, kann unter Umständen zweifelhaft sein, woher ihr die größeren Nachteile drohen. Allerdings deckt sich das Interesse der Öffentlichkeit und ihrer Organe mit solchen Rücksichten mitunter durchaus nicht, allein dieser Mangel an Kongruenz ist nicht nur bei der liberalen Partei, sondern auch bei allen anderen vorhanden, und die Frage liegt doch nahe: warum wird er bei den übrigen Parteien als nothwendig und berechtigt respektirt? — Es giebt Dinge, für welche Diskretion zu verlangen nutzlos, ja im Interesse der Wahrheit schädlich ist; in dieser Hinsicht ist die frühere nationalliberale Fraktion vielleicht von Mißgriffen nicht freizusprechen. Es giebt aber auch Dinge, die ein „gesund“ Parteibewusstsein zum Zweck des Geheizens ebenso hüten muß, wie die Henne das gesunde Ei unter ihrem Schok, wenn das keimende Leben zur Neife kommen soll. Taktische Entwürfe, organisatorische Einrichtungen, Stellungnahme zu anderen — verschiedenartigen — Parteien haben mit der Ausbreitung der Bestrebungen, mit der Verbeugung von Absichten und Plänen wenig gemein. Ueber allem Meinungsstreit aber dünkt uns der Fall bewußten Handelns gegen den ausgesprochenen Willen der Partei zu stehen, unter dem Vorgeben, ihre Sache besser zu führen, als sie selbst. Bessere Einsicht mag das vielleicht befunden, loyale Anhängerschaft und Unterstützung zeigt es nicht.

— Das Komitee zur Veranstaltung eines historischen Festzuges bei der Dombaueier in Köln hat Dienstag Abend die Herren Rechtsanwalt und Stadtverordneter Fischer zum ersten, Direktor J. Gilbert zum zweiten Vorsitzenden und Albert Fehrn. v. Oppenheim zum Schatzmeister gewählt. Mittwoch begaben sich die Herren Fischer, v. Oppenheim und Bürgermeister Thewalt nach Düsseldorf, um daselbst in Angelegenheit des Zuges mit Herrn Prof. Camphausen zu berathen. Der Vorstand wird vorläufig fast jeden Abend im Gürzenich zusammenkommen.

Leipzig, 9. September. Die Generalversammlung des Verbandes deutscher Müller beschloß, bei dem Reichskanzler Schritte zu thun:

1) Zur schleunigen Aufhebung der Bestimmung, daß die Identität des Getreides und der Fabrikate aus demselben bei der Ausfuhr nachgewiesen werden muß, da die deutsche Mühlenindustrie durch diese Bestimmung in ihrer freien Bewegung gehemmt und dem Auslande gegenüber schwer benachtheiligt ist; 2) zur Abänderung des Rückvergütungsgesetzes von 50 pCt. bei Weizen und 70 pCt. bei Roggen für die Zukunft auf 70 pCt. resp. auf 60 pCt. oder auf einen Durchschnittssatz von 65 pCt. zu bestimmen, wie die Steuerberechnungen möglichst zu vereinfachen und auch freie Hand für die Veredelung zu gewinnen; 3) die statistische Gebühr gleichwie für Getreide von 1 M. auf 10 Pf. herabzusetzen. Ferner wurde ein Antrag auf Aufhebung der Getreidezölle angefügt.

Als Ort für die nächste Generalversammlung wurde Stettin gewählt.

Paris, 8. Sept. Die Proklamation, durch welche der König Pomare V. den Bewohnern von Tahiti die Abtretung seiner Staaten an Frankreich ankündigt, lautet:

Tahitier! Ich gebe euch kund, daß ich im Einverständnis mit dem Herrn Kommandanten-Kommissar der Republik und den Direktorsvor-siehern Tahiti und sein Zubehör in Frankreich einverleibt erkläre. Es ist ein Zeugnis der Erkenntlichkeit und des Vertrauens, das ich einer Nation geben wollte, die seit beinahe 40 Jahren uns mit ihrem Schutze deckt. Zukünftig wird unser Archipel mit Frankreich nur noch ein und das nämliche Land bilden. Ich habe meine Rechte an Frankreich übertragen, ich habe die ewigen, d. h. alle Bürgerschaften für das Eigentum und die Freiheit, in deren Besitz ihr unter der Regierung des Protektorats waret, sichergestellt. Ich verlange selbst neue Bürgerschaften, die euer Glück und euer Wohlergehen vermehren werden. Unter Beischluß, ich bin dessen sicher, wird von allen denen, welche Tahiti lieben und den Fortschritt aufrichtig wollen, mit Freuden aufgenommen werden. Wir waren bereits alle Franzosen von Heren; heute sind wir es thatsächlich. Es lebe Frankreich! Es lebe Tahiti!

Zugleich erschien folgende Proklamation des französischen Regierungskommissars:

Se. Maj. der König Pomare V. hat einen Akt unterzeichnet, der alle seine Staaten mit Frankreich vereinigt. Se. Majestät erkannte mit uns und seinen Hauptlingen an, daß es zum Besten aller nothwendig geworden, daß die beiden Regierungen in eine einzige umgeformt würden. Zukünftig werden die beiden Länder nur noch ein einziges bilden. . . Der König Pomare bewahrt für immer seinen Titel als König mit allen an denselben geknüpften Ehren und Privilegien. Die Achtung und Zuneigung, mit welcher er umgeben war, werden noch größer sein, als in der Vergangenheit. Möge dieser denkwürdige Tag das Datum einer neuen Ära des Fortschritts und des Wohlstandes sein, würdig der Zeit, welche die Schranke von Panama besiegt, die aus Tahiti, dem natürlichen Mastort der ganzen transpazifischen Dampfschiffahrt, das schönste und glücklichste Land unter allen machen wird. Tahitier! Der König erlöst euch die Steuer der Zivilliste, die in Zukunft nicht mehr erhoben werden wird. Es lebe Frankreich! Es lebe Tahiti!

Locales und Provinzielles.

Wosen, 11. September.

— [Sekundärbahn von Gnesen nach Konitz.] Einem Komitee unter dem Vorsitze des königlichen Landrats Kollau in Gnesen, ist die Genehmigung zur Anfertigung der Vorarbeiten für eine Eisenbahn untergeordneter Bedeutung im Anschlusse an die Dels-Gnesener Eisenbahn von Gnesen über Janowitz und Rakel bis Konitz erteilt worden.

r. Militärisches. Der kommandirende General v. Pape und Oberst v. Kretschman sind gestern Abend von den militärischen Übungen in Niederschlesien hierher zurückgekehrt. — Gestern Nachmittag traf der kommandirende General des V. Armeekorps, Hann von Weyhern aus Stettin hier ein und reiste weiter nach Pommern.

r. Der Dampfer „Breslau“ wird, bevor er zum Herbst nach Küstrin fährt, wo er während des Winters bleibt, noch mehrere Extrafahrten von hier nach Stromadwärts gelegenen Ortschaften machen. Eine derartige Extrafahrt findet Sonntag Nachmittag 2 Uhr nach Dömitz statt.

z. Firsitzel, 8. Septbr. [Gewitter. Feuer. Hopfen.] Nach einem überaus schwülen Tage entlud sich gestern Abend gegen 8 Uhr über unserer Stadt und Umgegend ein sehr starkes, gegen zwei Stunden anhaltendes Gewitter. Blitz folgte auf Blitz und Donner auf Donner so schnell, daß es eigentlich ohne Unterbrechung blitzte und donnerte. Trotzdem entfiel den mächtigen schwarzen Wolken nicht ein Tropfen Wasser. Erst gegen Ende des Gewitters stellte sich ein mäßiger Regen ein. In der etwa 7 Kilometer von hier entfernten Landgemeinde Schierzig-Pauland schlug der Blitz in die Stallgebäude des Eigentümers Flegel, zündete und legte in kurzer Zeit nicht nur die Viehställe, sondern auch das angrenzende Wohnhaus und die mit der diesjährigen Ernte gefüllte Scheune in Asche. Die Bewohner des Hauses haben fast nur das nackte Leben gerettet, denn das Feuer wurde von ihnen erst bemerkt, als die mit Stroh gedeckten Gebäude bereits über und über brannten. Außer vielen Hausgeräthen kamen mehrere Stück Rindvieh, Schweine, Schafe, Gänse, Hühner u. s. w. in den Flammen um. Das heute früh hier in Umlauf gesetzte Gerücht, ein vagabondirender 11-jähriger Knabe, welcher in der letzten Woche bei Flegel in Arbeit gestanden, habe das Feuer angelegt, hat sich demnach nicht bestätigt. Von hier war eine Spritze auf der Brandstelle anwesend, und es gelang derselben, die Wirtschaftsgebäude des Nachbarns Roge, die schon in großer Gefahr waren, noch rechtzeitig zu begießen und vor dem sicheren Verderben zu retten. — Die Hopfenernte naht sich in hiesigem Orte ihrem Ende, während dieselbe in den benachbarten Landgemeinden noch ungefähr 8 Tage andauern wird. Der bereits trockene Hopfen wird hier meist sofort verkauft. Heute wurde von einem hiesigen Händler wieder eine größere Anzahl Ballen zum Preise von 72 bis 75 Mark pro Zentner erstanden und nach Nürnberg spedirt. Der höchste Preis für diesjährigen Hopfen wurde in voriger Woche einem in der Nähe wohnenden Mühlenbesitzer mit 100 Mark pro 50 Kilogramm gezahlt.

o. Kempen, 9. September. [Feuer.] Am 3. d. Mts., Abends 8 Uhr, brannte ein Haus in der sogenannten Kamratka nieder. Die Spritzen und die Feuerwehr waren sofort zur Stelle, aber an Wasser fehlte es anfangs, weil das Legen der Schläuche durch Gärten und Äune sehr viel Zeit raubte und seitens der Pferdebesitzer nicht genügende Mithilfe geschah.

Bromberg, 9. September. Die hiesige F. Fischer'sche Sortiments- und Verlags-Buchhandlung, verbunden mit Schreib- und Zeichen-Materialien-Geschäft, Buch- und Steindruckerei und Verlag der „Bromberger Zeitung“, ist, wie die „D. Z.“ mittheilt, getheilt worden. Von den beiden hinterbliebenen Söhnen des schon vor Jahren verstorbenen Begründers hat der älteste, Richard Fischer, die Buchhandlung und das Schreib- und Zeichen-Materialien-Geschäft, der jüngere, Conrad Fischer, die Buch- und Steindruckerei und den Zeitungsverlag übernommen.

Produkten-Börse.

Berlin, 10. September. Wind: NW. Wetter: Brachvoll. Weizen per 1000 Kilo loco 190-230 M. nach Qualität gefordert. R. geib. 195-210 M. ab Bahn bez., per September - bez., per September-Oktober 200-201-200 bez., per Oktober-November 195-195-195 bez., per November-Dezember 194 bez., per Dezember-Januar - bez., per April-Mai 194-195-195 bez., Gefündigt - Zentner, Regulirungspreis - M. - Roggen per 100 Kilo loco 185-205 M. nach Qualität gefordert, russischer 187-188 ab Bahn bez., neuer inländischer 191 bis 200 M. ab Bahn bez., feiner - M. f. B. bez., per September 185 M. bez., per September-Oktober 182-181-182 bez., per Oktober-November 179-178-178 bez., per November-Dezember 177-176-177 bez., per Dezember-Januar - bez., per April-Mai 174-174-174 bez., Gefündigt - Zentner, Regulirungspreis - M. bez. - Gerste per 1000 Kilo loco 150 bis 195 nach Qualität gefordert. - Hafer per 1000 Kilo loco 137 bis 168 nach Qualität gefordert, russischer 138 bis 152 bez., ost- und westpreussischer, 138-52 bezahlt, pommerischer und mecklenburgischer 142-152 bez., sächsischer 137-147 bez., böhmischer 137-147 bez., per September - bez., per September-Oktober 142 bis 141 bezahlt, per Oktober-November 137-1/2, per November-Dezember 136 bez., per April-Mai 138 bez., Gefündigt - Zentner, Regulirungspreis - bez. - Erbsen per 1000 Kilo loco 190 bis 205 M. Futtermittel 180-189 M. - Mais per 1000 Kilo loco 128-131 bez. nach Qualität, rumänischer - ab Bahn bez., amerikanischer - ab Bahn bez., Weizenmehl per 100 Kilo brutto 00: 31,50 bis 30,50 M., 0: 29,50 bis 28,50 M., 0/1: 28,50 bis 27,50 M. - Roggenmehl infl. Sack 0: 27,50-26,50 M., 0/1: 26,25-25,25 M., per September 26,05-26,00 bezahlt, per September-Oktober 25,70 bez., per Oktober-November 25,40-25,25

bezahlt, per November-Dezember 25,20-25,15 bezahlt, per Dezember-Januar 25,00 bez., per Januar-Februar 24,90 bez., per April-Mai 24,80 bez., Gefündigt - Zentner, Regulirungspreis - bez. - Delsa a per 1000 Kilo Winterraps neuer 200-245 M., Winterrüben neuer 215-240 M. - Rüböl per 100 Kilo loco ohne Faß 53,5 M., flüssig - M., mit Faß 54,0 M., per September 54,0-53,8 bez., per September-Oktober 54,0-53,8 bez., per Oktober-Nov. 55,0 bis 54,6-54,7 bez., per Novbr-Dezbr. 55,6-55,4-55,6 bez., per Dezember-Januar - bezahlt, per Jan.-Febr. - bez., abgel. Ann. 53,6 bez., per April-Mai 58,0 bez., Gefündigt 6300 Zentner Regulirungspreis 53,8 bez. - Leinöl per 100 Kilo loco 65 1/2 bez. - Petroleum per 100 Kilo loco 29,5 M., per September - bez., per September-Oktober 27,9 M., Oktober-November 28,1 M., per November-Dezember 28,7 bez., per Dezember-Januar - M., per April-Mai - bez., Gefündigt - Zentner, Regulirungspreis - bez. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Faß 62,0-61,9-62,0 bezahlt, per September 62,1-61,9-62,0 bez., per September-Oktober 58,5-58,3 bis 58,5 bez., per Oktober-November 56,4-56,3-56,5 bez., per November-Dezember 55,5-55,7 bez., per Dezember-Januar - bez., per April-Mai 57,0-56,7-56,9 bezahlt. (Berl. Börsz.-Ztg.)

Bromberg, 10. September 1880. [Bericht der Handelskammer.] Weizen: flau, alter, hochlunt u. glasig 220-230 M. neuer nach Qualität 18-200 M. Roggen: ruhig, fein loco inländischer 190-193 M., abfallende Qualität 170-180 M. Gerste: unverändert, f. Brau. 175-180 M., große 165-170 M., kleine 145-165 M. Hafer: flau loco alter 160-165 M., neuer 140-145 M. Erbsen: Kochwaare 170-180 M. Futtermittel 160-170 M. Mais: Rüben: ohne Handel.

Spiritus: höher pro 100 Liter à 100 pSt. 60,50-61 M. Rubelkurs: 210,75 Mark. Stettin, 10. September. (An der Börse.) Wetter: Schön. Temperatur + 17 Grad R. Barometer 28,6. Wind: Ost. Weizen flau, per 1000 Kilo loco gelber alter - Mark, neuer 192-198 M., feuchter mit Auswuchs 160-180 M., weißer 195-202 M., per September-Oktober 195-194,5 M. bez., per Oktober-November 191 M. bez., per Frühjahr 191 M. Br., 190 M. Gb. - Roggen mütter, per 1000 Kilo loco inländischer 182-191 M., russischer 180 bis 185 M., per September-Oktober 178,5-177 M. bez., per Oktober-November 174,5-173 M. bez., per Frühjahr 170-169,5 M. bez. - Gerste unverändert, per 1000 Kilo loco geringe 140-145 M., Oberbruch und Märker 150-155 M. - Hafer stille, per 1000 Kilo loco pommerischer 142-145 M. - Erbsen und Mais ohne Handel. - Winterrüben geschäftslos, per 1000 Kilo loco 220 bis 243 M., per September-Oktober 247 M. Br., per Oktober-November 249 M. Br., per April-Mai 251 M. Br. - Winterraps per 1000 Kilo loco - M. - Rüböl geschäftslos, per 100 Kilo loco ohne Faß bei Kleinigkeiten 55,5 M. Br., per September 55 M. Br., per September-Oktober 54,5 M. Br., per Oktober-November 55 M. Br. u. Gb., per November-Dezember - M. bez., - M. Br., per April-Mai 58 M. Br. - Spiritus ruhiger, per 10,000 Liter pSt. loco ohne Faß 61,6 M. bez., per September 60,6 M. bez. u. Br., per September-Oktober 57 M. bez. Br. u. Gb., per Oktober-November 54,9 M. Br. u. Gb., per November-Dezember 54,2 M. bez., per Frühjahr 55,4-55,3 M. bez. Angemeldet: 3000 Ztr. Rüben. Regulirungspreise: Weizen 195 M., Roggen 178 M., Rüben 247 M., Rüböl 55 M., Spiritus 60,6 M. - Petroleum loco 9,95-10 M., Regulirungspreis 10 M., per September-Oktober - M. bez., per Oktober - M. transf. bei. (Diffee-Ztg.)

Berlin, 10. September. Der günstige Schluss des gestrigen Nachgeschäfts hatte auf eine auswärtigen Plätze befestigend gewirkt. In London hatte man die Heraushebung des Bankdiskonts befürchtet; der Umstand, dass diese nicht nur nicht eingetreten, sondern sogar der Ausweis recht günstig erschienen, hatte beruhigt; auch die Befürchtungen, welche an den Goldabfluss aus der Bank von Frankreich in Höhe von 14 1/2 Millionen Franken geknüpft waren, wurden rasch vergessen. Ebenso wirkte der Ausweis der Reichsbank, welcher heute veröffentlicht wurde, nur vorübergehend verflummend. Die Spekulation hält in ihrer Haufe-zuversicht fest und sieht einer weiteren Fortdauer der festen Haltung

entgegen. Deckungen und Meinungskäufe schnellten die Course sofort bei Eröffnung in die Höhe, und die Haltung des Marktes war recht günstig, wenn auch die Lebhaftigkeit des Geschäfts rasch nachließ. Kreditaktien zogen sofort 2 M. an, Diskont-Kommandit-Antheile 1 pSt. Dortmunder Union und Laurahütte gingen zu höherer Notiz Anfangs ziemlich rege um. Die Abschlussziffern, welche gestern bekannt geworden sind, galten als günstig, wirkten aber wenig, weil die Dividende längst richtig geschätzt war. Fremde Renten lagen still aber recht fest, namentlich zug ungarische Goldrente etwas an; rumänische Anleihe, russische Anleihen und Italiener sehr fest. Eisenbahn-Aktien

gut behauptet, namentlich schlesische Dividenden, aber still. Gegen baar gehaltene Aktien ohne Leben wenig verändert, Anlagewerthe fest aber still. Der Verkehr ward in der zweiten Stunde immer träger; in der letzten halben Stunde bemächtigte sich der Haltung eine starke Ermattung. Per Ultimo notirte man: Franzosen 493-2-3-14, Lombarden 143-144, Kreditaktien 501-1-2-501, Diskont-Kommandit-Antheile 180,40-180,90, Bismarckhütte 120 bezahlt und Geld. Der Schluss war matt.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 10. September 1880.

Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table with columns for bond types (e.g., Consol. Anleihe, Staats-Anleihe) and their corresponding prices. Includes entries like 'Consol. Anleihe' at 104,10 and 'Staats-Anleihe' at 100,00.

Russische Fonds.

Table listing Russian bonds such as 'Russ. 5% 1881' and 'Russ. 4% 1885' with their respective values.

Inländische Fonds.

Table listing domestic bonds from various regions like 'Amerik. 4% 1881' and 'Niederl. 3% 1885'.

*) Wechsel-Course.

Table showing exchange rates for various locations including Amsterdam, London, and Paris.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks such as 'Badische Bank' and 'Deutsche Bank'.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks including 'Brauerei Pilsener' and 'Deutsche Bauerei'.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway stocks such as 'Aachen-Masticht' and 'Berlin-Anhalt'.

Wittener Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing Wittener railway stocks like 'Berlin-Dresden' and 'Halle-Sorau-Guben'.

Staatsbahn-Aktien.

Table listing state railway stocks such as 'Berl.-Boisd.-Magd.' and 'Sächs.-Böhmer'.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Table listing railway priority bonds from various lines like 'Aach.-Masticht' and 'Berlin-Anhalt'.

Ausländische Prioritäten.

Table listing foreign priority bonds such as 'Elizabeth-Westbahn' and 'Gal. Karl-Ludwig'.